



Der Blick stramm nach rechts: *Die ersten bayerischen Grenzpolizisten beim Amtsantritt*

# Die schmalen Ränder der Peripherie

Bayern wird oft als „Vorstufe zum Paradies“ bezeichnet. Doch viele Regionen im Freistaat laufen Gefahr, den Anschluss an die Zentren zu verlieren. Leidtragende dieser ungleichen Entwicklung sind auch Geflüchtete. Von Andreas Kallert und Simon Dudek.

**D**er Freistaat Bayern ist seinem Selbstverständnis nach Spitzenreiter in nahezu sämtlichen Bereichen: Ob Bildung, Forschung, Gesundheit, Vollbeschäftigung, niedrige Kriminalität, Kultur, Wirtschafts- und Steuerkraft, Schuldenabbau – stets verbucht die Bayerische Staatsregierung entsprechende Statistiken als Ergebnis ihrer erfolgreichen Landespolitik. Dabei sind es vor allem die prosperierenden Zentren Bayerns, wo sich Unternehmen, Kulturbetriebe, Universitäten, Behörden und andere Infrastrukturen wie Kliniken oder Bahnhöfe ballen und für das Image als wohlhabendes Bundesland sorgen. Doch nicht nur der Großraum München steht vor der Überhitzung: Die Mieten und Immobilienpreise sind dort längst zur Belastung auch für überdurchschnittlich Verdienende geworden, die Verkehrsinfrastruktur gerät an ihre Grenzen. Die Großräume Nürnberg und Augsburg, aber ebenso mittelgroße Städte wie Würzburg oder Ingolstadt erfahren dieselbe Entwicklung und die damit verbundenen Grenzen des Wachstums. Befördert wurde und wird diese zunehmende Zentralisierung durch eine Struktur- und Regionalpolitik, die auf „Leuchtturmprojekte“ und internationale Sichtbarkeit bayerischer Metropolen im globalisierten Wettbewerb setzt. Entsprechend werden Milliardeninvestitionen – etwa in Infrastrukturprojekte

wie die Flughafenanbindung – getätigt, um Unternehmen wie Microsoft oder Google einen möglichst attraktiven Standort zu bieten.

Weit entfernt von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern

Dagegen verlieren viele ländliche Regionen immer mehr den Anschluss: Ihnen mangelt es an Arbeitsplätzen vor Ort, Nahversorgung, Ärzt\*innen, Freizeitmöglichkeiten, schnellem Internet und wohnortnahen Schulen, Busse fahren nicht mehr oder nur noch selten und der Bahnhof ist schon längst geschlossen. Viele Kommunen leiden unter dem Wegzug vor allem junger Menschen. Sinkende Nutzer\*innenzahlen führen zur Schließung von Bibliotheken, Kindergärten und Schwimmbädern. Aber auch die Wirtshäuser, Hauseigentümer\*innen oder Vereine kämpfen mit Schrumpfung, Alterung und fehlender Kaufkraft, wodurch die Abwärtsspirale in der Peripherie verstärkt wird. Die Lebensverhältnisse in Bayern – laut Bayerischer Verfassung müssen sie in ganz Bayern „gleichwertig“ sein – weichen je nach Wohnort immer weiter voneinander ab. Die Versorgung mit elementaren Leistungen der sozialen Daseinsvorsorge ist längst nicht mehr für alle Menschen in Bayern selbstver-

ständig. Diejenigen Menschen, die dennoch vor Ort bleiben, fühlen sich dementsprechend gerade angesichts wachsender Unterschiede zwischen Zentren und Peripherien von der bayerischen Politik vernachlässigt.

#### „Heimatstrategie“ versus Landflucht

Die CSU-geführte Landesregierung reagierte mit etwas Geld und viel Symbolpolitik: Um dem fränkischen Unmut, jede politische Behörde konzentrierte sich im

denen genug Anreize zur Ansiedlung in Ballungsräumen geboten werden) und überschuldeter Haushalte auch die elementarsten Daseinsvorsorgeleistungen wie Feuerwehr, Bildung oder Räum- und Streudienst nicht mehr garantieren können. Diese kommunale Unterstützung des Freistaats ist durchaus zu begrüßen, wären da nicht die Bedingungen für ihre Gewährung: Weitestgehender Verzicht auf freiwillige Leistungen (etwa für ein Jugendzentrum, Zuschüsse für Vereine, Schwimmbad, Kultur etc.) und zugleich die Anhebung

## ***Mit „Heimat“ kann die gleiche Deutschtümelei und Ausgrenzungspolitik veranstaltet werden wie mit Leitkultur, Nation und Rasse***

bayerischen München, entgegenzukommen, erschuf und siedelte man das sogenannte „Heimatministerium“ in Nürnberg an. Noch bevor also Bundespräsident, Kanzlerin, Grüne oder SPD-Politiker\*innen entdeckten, dass mit „Heimat“ die gleiche Deutschtümelei und Ausgrenzungspolitik veranstaltet werden kann wie mit Leitkultur, Nation und Rasse, hatte die CSU schon ein Ministerium damit betitelt. Dort ersann man die „Heimatstrategie“ und „Heimatminister“ Söder erklärte in seiner Regierungserklärung „Heimat Bayern 2020“ die Eckpfeiler einer Regionalpolitik, die auch das Land wieder attraktiv machen soll: höherer kommunaler Finanzausgleich, Breitband-Förderung, Nord- und Südbayern-Offensiven, Behördenverlagerungen, kommunales Marketing, mehr Gewerbegebiete.

Neben sinnvollen Punkten (etwa die Förderung des Breitbandausbaus) drückt sich in der Heimatstrategie jedoch vor allem ein Fokus auf Chancengleichheit und Wettbewerb aus. Dabei sind insbesondere zwei Punkte folgenreich: Bedarfszuweisungen für besonders strukturschwache, überschuldete Kommunen und Kreise sowie die Lockerung in der Ausweisung von Gewerbegebieten.

#### Austerität statt nachhaltiger Hilfe für schwache Kommunen

Die Bedarfszuweisungen des Landes sind ein Teil des kommunalen Finanzausgleichs – also des solidarischen Umlageverfahrens von reicheren zu ärmeren Kommunen. Sie stellen nun Finanzhilfen („Hilfe zur Selbsthilfe“) für abgehangene Regionen dar, die aufgrund fehlender Einnahmen (etwa mangels jener Gewerbe,

auf kostendeckende Gebühren bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie bei anderen Leistungen – oberste Priorität hat die „Ausschöpfung sämtlicher Möglichkeiten zur Selbsthilfe“ sowie die Schuldentilgung. Im Endeffekt haben diese Bedarfszuweisungen einen bitteren Beigeschmack, sie bestrafen und belasten genau die Bewohner\*innen, die ohnehin schon unter der niedrigeren Lebensqualität strukturschwacher Regionen Bayerns leiden.

#### Gleiche Chancen für ungleiche Kommunen

Neben dieser Austeritätspolitik gegenüber den eigenen Kommunen und deren Bewohner\*innen setzt die Bayerische Staatsregierung auf einen umfassenden Wettbewerb zwischen den Kommunen. Neuerdings dürfen Gewerbegebiete auch „auf der grünen Wiese“ abseits von bereits bebauten Strukturen ausgewiesen werden – obwohl es abseits der Zentren vielfach Leerstand gibt und die dortigen Kommunen keine Unternehmen finden. Gewinner dieser Strukturpolitik sind also wiederum die bereits prosperierenden Gemeinden, wo es kaum noch freie Gewerbeflächen gibt und die nun neue ausweisen können. Der politisch geförderte Wettbewerb und die allseitige Konkurrenz unter Kommunen, Städten und Bundesländern forcieren genau solche Prozesse der ungleichen Entwicklung. Schwache Kommunen hinken in einem solchen Wettbewerb um Kapital, Arbeitsplätze, Einwohner\*innen, Behörden oder Fördermittel zumeist hinterher und drohen vollständig von den Zentren abgehängt zu werden. Ein derart verstandener Wettbewerb kann jedoch wichtige Daseinsvorsorgeleistungen nicht für alle gleichermaßen sicherstellen:

Private Anbieter\*innen werden stets nur dort investieren, wo es Renditeaussichten gibt – für den unrentablen Rest ist, wenn überhaupt, der Staat zuständig. Dies führt tendenziell zur Überversorgung in den Zentren und zur Unterversorgung in der Peripherie. Langsames oder gar kein Internet sowie Funklöcher sind Beispiele einer verfehlten und unzureichend regulierenden Strukturpolitik zulasten vieler Menschen vor allem in ländlichen Regionen.

**Bayerns Regionalpolitik fördert Zwiespalt zwischen Einheimischen und Geflüchteten**

Was hat diese Kritik der Struktur- und Regionalpolitik in Bayern nun mit der Situation von Geflüchteten auf dem Land zu tun? Der Wettbewerbsstaat als Paradigma des neoliberalen Regierens fördert eine Abstiegs-gesellschaft, deren Anfälligkeit für rechtspopulistische Argumente hoch ist. Anstatt die Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie, das drohende Scheitern und den sozialen Abstieg in einem auf Ungleichheit beruhenden Wirtschaftssystem sowie in einer verfehlten Strukturpolitik zu suchen, werden abwechselnd Geflüchtete, Ausländer\*innen, Minderheiten oder konkurrierende Staaten zu den Schuldigen einer zunehmenden Prekarisierung und der Angst vor ihr

Die Kosten für Geflüchtete werden dabei betont und gegen die Sozialleistungen für Einheimische ausgespielt, um dem Prekariat zu signalisieren, dass es immer noch eine soziale Schicht unter ihnen gibt: „Wir geben als Staat für sogenannte unbegleitete Minderjährige, junge Männer, pro Monat mehr aus, als jemand, der 40 Jahre in Deutschland gearbeitet hat, an Rente bekommt.“ (Markus Söder) Indem eine allgemeine Überforderung inszeniert wird, bedient die Bayerische Staatsregierung rechtspopulistische Ressentiments gegen Geflüchtete, Berlin und Brüssel: Die meisten seien eh Wirtschaftsflüchtlinge, das überschuldete Berlin verschenke Kita-Plätze und Brüssels Bürokratie mische sich in bayerische Angelegenheiten ein. „Der Bayern-Plan 2017“ der CSU verpackt diese Feindseligkeiten unter der Programmatik „Damit Deutschland Deutschland bleibt“. Er enthält mit „Leitkultur statt Multikulti“, der „offensiven Verteidigung“ von Christkindlmärkten und St. Martinsumzügen, Abschiebungen mit „allen Konsequenzen“ sowie der Verhinderung von „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ zahlreiche rechtsideologische Forderungen von AfD und PEGIDA.

Die trotzdem in der Bundestagswahl an die AfD verloren gegangenen Wähler\*innen sollen mit einer

## ***Es ist auch die Bayerische Staatsregierung, die angesichts wachsender Disparitäten Zwiespalt schürt***

gemacht. Die Bewohner\*innen derjenigen Regionen, die als Verlierer\*innen aus diesem Konkurrenzkampf herausgehen und zudem von der Bayerischen Staatsregierung noch für ihre miserable Lage mittels höherer Steuern und Gebühren sowie geringerer Leistungen abgestraft werden, finden in den ihren Dörfern und Kleinstädten zugeteilten Geflüchteten einen Sündenbock: „Ihr tut viel für Flüchtlinge, wenig für uns.“ Hinter solchen und ähnlichen Aussagen steckt nicht allein ein Rassismus der Bürger\*innen oder der Neid autochthoner Steuerzahler\*innen, Leistungen im liberal-autoritären Mantra des Förderns und Forderns an vorangegangene Einzahlungen zu knüpfen. Es ist eben auch die Bayerische Staatsregierung, die angesichts wachsender Disparitäten solchen Zwiespalt schürt und damit vom eigenen Versagen in der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ablenkt.

„konservativen Revolution“ (Alexander Dobrindt) zurückgeholt werden: verschärfte Zuwanderungsregelungen, rigide Abschiebepolitik, Einschränkungen von Sozialleistungen für Geflüchtete (zum Beispiel Sachleistungen statt Geld), Hetze gegen Flüchtlingsräte. Es ist das wahltaktische Signal an die ehemaligen und noch aktuellen CSU-Wähler\*innen in den peripheren Regionen (wo jedoch ihr Kernklientel zu finden ist), dass ihre „Ängste und Sorgen“ um Zuwanderung aus den falschen Ländern in München und Berlin gehört werden: Warum also überhaupt die unzuverlässige und dazu politisch weitgehend noch ausgegrenzte AfD wählen, wenn sie doch vielfach nur eine schlechte, bundesweite Kopie der CSU ist? Die Bayerische Staatsregierung kommt damit gar nicht erst in die Verlegenheit, vor der Landtagswahl im Herbst erklären zu müssen, warum das flache Land bei Digitalisierung, Mobilfunk, Schulen, ärztlicher Versorgung, Nahverkehr, Kultur usw. den Zentren trotz

aller Beteuerungen aus dem „Heimatministerium“ unter dem Ministerpräsidenten Söder so hinterherhinkt – Schuld sind eh die Geflüchteten sowie ihre Unterstützer\*innen und gegen die geht keine regierende Partei so rigide vor wie die CSU.

„Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese“

wenigen Engagierten ab, die zunehmend von ihren Mitmenschen für ihr Handeln angefeindet werden und zudem von der Regierung kaum Unterstützung für ihre ehrenamtliche, aber dringend notwendige Arbeit erwarten können. Ganz im Gegenteil, die bayerischen Behörden schieben auch immer wieder genau solche Menschen, die nach allen Kriterien als integriert gelten, in von Bürgerkrieg und Armut gebeutelte Länder ab.

## ***Zivilcourage beantwortet die Polizei konsequent mit Gewalt und Anzeigen gegen Unterstützer\*innen***

Eben diese autoritäre Gangart gegenüber Geflüchteten vertieft die bereits vorhandenen Gräben zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und Geflüchteten. Im September 2016 wurde der Fall der Firma Strasser Bau aus Winhöring in Oberbayern bekannt, die sich gegen die Abschiebung ihres Kollegen Tavus Qurban nach Afghanistan einsetzte. Solidaritätsaktionen wie diese stoßen besonders auf Unmut bei der Regierungspartei, werden dadurch doch die inhumanen Praktiken der bayerischen Abschiebepolitik einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Etwa zur selben Zeit machte ein Interview von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer die Runde, in dem er jovial einräumte: „Das Schlimmste ist ein fußballspielender, ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist. Weil den wirst du nie wieder abschieben.“ Es ist schlichtweg nicht im Sinne der Bayerischen Staatsregierung, den zugezogenen Menschen eine nachhaltige Chance zu geben, und entsprechend eingeschränkt erteilt sie Arbeitserlaubnisse und schiebt rigoros Menschen aus Schule, Ausbildung und Arbeit ab. Bei der einheimischen Bevölkerung stößt die Beschäftigungslosigkeit wiederum auf Unverständnis, schließlich wären die Geflüchteten offensichtlich „faul und arbeitsscheu“, könnten sich dennoch „von den Steuern der arbeitenden Bevölkerung ein sorgenfreies Leben finanzieren“.

Glücklicherweise ist dieser Reflex nicht mehr so weit verbreitet wie in den 1990ern, dies zeigt schon die Zunahme von Willkommensinitiativen – selbst auf dem Land. Die Empfindung von Teilen der Bevölkerung im Stich gelassen worden zu sein, mündet indes aber auch in rassistisch motivierten Anfeindungen gegenüber Zugewanderten. Insbesondere auf dem Land fehlen gewachsene Strukturen zur Integration von Geflüchteten. Die Hilfsangebote hängen oftmals von

Doch die verbreitete Enttäuschung der Unterstützer\*innen über diese rücksichtslose und inhumane Abschiebep Praxis in Bayern wird konterkariert durch die dominanten und von der CSU geförderten Narrative der „islamistischen Gefährder“, Wirtschaftsflüchtlinge und der drohenden Überfremdung.

Die CSU stilisiert sich als rechtere Alternative zu sich selbst

Die anfängliche Hilfsbereitschaft ist demnach längst überschattet von islamistisch motivierten Anschlägen und von medial oftmals reißerisch thematisierten Verbrechen seitens Geflüchteter. Zivilcourage, wie sie etwa die gegen die Abschiebung ihres Mitschülers protestierenden Berufsschüler\*innen in Nürnberg gezeigt haben, beantwortet die Polizei konsequent mit Gewalt und Anzeigen gegen Unterstützer\*innen; Staatsanwaltschaften und Politik gehen gegen die Gewährung von Kirchenasyl vor und Asylfreundliche Organisationen werden als „Schlepper“ diffamiert. Auch wenn mittlerweile die Anzahl von Anschlägen und Angriffen gegen Geflüchtete seit dem Höhepunkt 2015/2016 etwas rückläufig ist, hat sich das gesellschaftliche Klima von Merkels ambivalenten „Wir schaffen das“ hin zu explizit migrations- und asylfeindlichen Positionen verschoben.

Diese Entwicklung wird gerade auf dem Land durch die bayerische Struktur- und Regionalpolitik gefördert. Die politische Vernachlässigung peripherer Regionen, in denen nur noch widerwillig die Grundversorgung der Daseinsvorsorge bereitgestellt wird, sowie die häufige Betonung von Eigenverantwortlichkeit – die „Heimatstrategie“ der Bayerischen Staatsregierung wird gerne auf die Formel „Aktivieren statt alimentieren“

